

**Ausgleichsmaßnahmen im UVP Verfahren –
Instrumente zur Sicherung der Umweltverträglichkeit
oder moderner Ablasshandel?**

*DI Thomas Gabler
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Gruppe Straße, Abteilung ST7*



UVP – quo vadis?

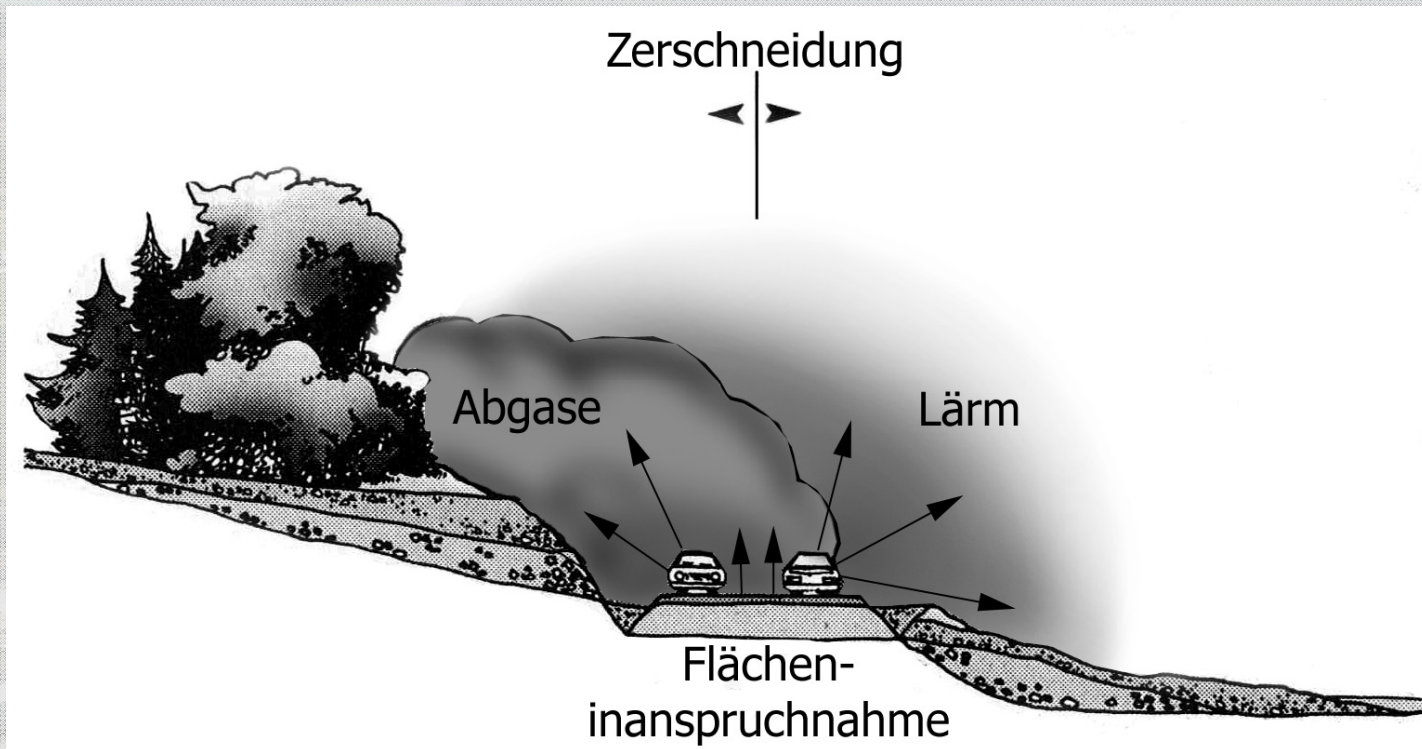
Anlass und Einführung

- Aktuelle Studie „ökologische Ausgleichsmaßnahmen“ bei Straßenbauprojekten in NÖ
- Hintergrund: Hinterfragen der Festlegung von ökologischen Maßnahmen in Genehmigungsverfahren
- Umsetzung fachlich begründeter ökologischer Verfahrensauflagen

Fragestellungen

- Analyse des Festlegungsprozesses von ökologischen Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen
- Analyse von Planungs- und Genehmigungsprozessen und deren Wechselwirkungen
- Schwerpunkt Kostenrelevanz von ökologischen Maßnahmen

Wirkungen von Straßenbauprojekten





Bearbeitungszugang

- Bildung Expertengruppe aus Projektwerber (Land NÖ) und Fachexperten ✓
- Festlegung von 10 Referenzprojekten (Straßenneubauprojekte) Schwerpunkt Kostenrelevanz von ökologischen Maßnahmen ✓
- Systematische Schwachstellenanalyse bzgl. Sachverhalt, Finanzen, Genehmigungsverfahren, Gesellschaftliche Aspekte ✓
- Festmachen von best practice - Elementen ○
- Empfehlungskatalog für Planungs- und Genehmigungsprozesse ○

Überblick Zwischenergebnisse

A - Kostenanalyse

B - Projektziele

C - Konsensentwicklung

D – Rechtliche Aspekte

A - Kostenanalyse:

1. Bauwerkskosten
2. Flächenkosten
3. Grundeinlösekosten

1. Bauwerkskosten:

- Ökologisch motivierte Kunstbauten vorrangig zur Erhaltung der Lebensraumvernetzung (z. Bsp.: Grünbrücken, Durchlässe, Vorlandbrücken, etc.)
- Fachliche Grundlage bilden Richtlinien und Vorschriften zum Straßenbau (RVS; Wildschutz, Amphibien, Vogel, etc.)
- Kunstbauten sehr häufig in Kombination mit anderen Nutzungen: Land- und Forstwirtschaft, Hochwasser, Erholung, etc



Kunstbauten stellen zumeist den kostenintensivsten Teil der ökologischen Maßnahmenplanung dar

2. Flächenkosten:

- Kosten für Anlage ökologischer Ausgleichsflächen von 500,-- bis 12.000,-- Euro/ha
- Die relativ teuersten Kosten für ökologische Ausgleichsflächen sind Ersatzaufforstungen in waldarmen Gebieten und ökolog. Maßnahmen an Gewässern
- Erhöhte Kosten bei Erfordernis spezieller Standortansprüche für betroffene Tierarten (mangelnde Verfügbarkeit geeigneter Standorte) sowie NATURA 2000



Kosten für Anlage ökolog. Ausgleichflächen relativ niedrig

3. Grundeinlösekosten:

- Grundeinlösen für ökologische Maßnahmen kostenrelevant bei mangelnder Verfügbarkeit geeigneter Standorte bzw. Grundstücke sowie bei eingeschränkter Eigentümeranzahl
- Kostenrelevanz i. d. Regel abhängig von regionalem Grundpreis;
- Anteil ökologisch motivierte Grundeinlöse zwischen 0,5 und 65 % der Projekt Grundeinlösekosten

Zwischenergebnisse Kostenanalyse (Beispiele)

Projekt	Gesamtkosten [Mio €]	Kunstabauten mit ökolog. Funktion [Mio €]	Ökologische Ausgleichsflächen [Mio €]	Grundeinlöse Ökologie [Mio €]	Anteil Ökologie an Gesamtkosten [%]
1	24,27	0,00	0,16	0,04	0,84
2	58,06	0,97	0,64	4,36	10,28
3	14,84	1,23	0,42	0,34	13,41
4	136,24	22,00	1,50	3,79	20,00

B - Projektziele

- Verkehrliche Notwendigkeit
- Wirtschaftliche Abwicklung
- Optimaler Schutz der Schutzgüter

- Definition von Erhaltungszielen sind Voraussetzung für Festlegung von Umweltmaßnahmen
- Speziell bei Projekten mit Bezug Natura 2000 ist Formulierung der Projektziele projektentscheidend (Alternativenfrage, etc.)
- Bezug zwischen Auswirkung und Maßnahme

C - Konsensentwicklung:

1. Projektbeteiligte und ihre Interessen
2. Behördenentscheidungen (Sachverständige)

1. Projektbeteiligte und ihre Interessen:

Rollenträger

Gebietskörperschaften,
Behörde/Sachverständige,
Konsenswerber,
Grundeigentümer,
Anrainer, Bürgerinitiativen, NGO

Interessen

schnelles und stabiles Verfahren,
Wahrung von Eigentumsrechten,
größtmöglicher Schutz,
Verhinderung des Vorhabens,
Minimierung der Kosten

2. Behördenentscheidungen (Sachverständige):

- Unterschiedlicher Beurteilungshintergrund und Projekterfahrung seitens Sachverständiger
- Hohes Konsensbedürfnis zwischen Konsenswerber und Behörde
- in der Praxis streben nach Vermeidung von Genehmigungsversagung – Kompensation mit überschießenden Auflagen
- Unterschiedliche Erheblichkeitsschwelle (UVP, NVP, RVP, etc.)

D - Rechtliche Aspekte:

1. Projektbegründung
2. Enteignungsfähigkeit ökolog. Ausgleichsflächen
3. Verfügbarkeitsnachweis ökolog. Ausgleichsflächen

1. Projektbegründung

- Späte Dokumentation und Kommunikation der Projektbegründung erschwert Genehmigungsverfahren
- Allgemein formulierte Zielsetzungen in Planungsdokumenten erfordern detaillierte Auseinandersetzung auf Projektsebene
- Bei Beeinträchtigung von NATURA 2000 – Schutzgebieten hohe Bedeutung von EU-Gemeinschaftszielen (Alternativenprüfung, und Interessensabwägung)

2. Enteignungsfähigkeit ökolog. Ausgleichsflächen

- Mangelnde Enteignungsmöglichkeit von ökologischen Ausgleichsflächen verschärft Problematik - insbesondere bei eingeschränkter Verfügbarkeit von geeigneten Standorten
- Bestehende Rechtsgrundlage (UVP-G 2004, NÖ St-G) sieht keine Enteignung für ökolog. Ausgleichsmaßnahmen für Straßenbaumaßnahmen vor

3. Verfügbarkeitsnachweis ökolog. Ausgleichsflächen

- Unterschiedliche Behördenpraxis bei Genehmigungsverfahren bzgl. Verfügbarkeit von geeigneten ökologischen Maßnahmenflächen (vor Einreichung, Verhandlung, Bescheid oder Baubeginn)
- Behörde dringt auf Einigung zwischen Bauherr und Grundeigentümer auf zivilrechtlicher Basis
- Best practice – Element: Erstellung „Flächenpool“ für geeignete Standorte ökolog. Ausgleichsflächen
- Hochgradige Konsensbereitschaft der Behörden (überschießende Auflagen, etc.)

Erste Erkenntnisse

- ⇒ Kunstbauten stellen zumeist den kostenintensivsten Teil der ökologischen Maßnahmenplanung dar
- ⇒ Bezugnahme zwischen Projektauswirkung und Maßnahme notwendig
- ⇒ Flächenpool
- ⇒ Enteignungsmöglichkeit
- ⇒ Beurteilung in Abhängigkeit von Landschafts- und Lebensraumtypen
- ⇒ Betreuung der Sachverständigen durch den UVP-Koordinator

Weitere Schritte der Projektstudie

- Dargelegte Inhalte sind Zwischenergebnisse
- Abschluss Studie bis Sommer 2008 und Vorstellung im Fachdienstbereich Land NÖ
- Einbindung der Fachdienstbereiche der ASFINAG
- Ergänzung weiterer Anregungen
- Publikation Ende 2008



Danke für Ihre Aufmerksamkeit !

